

FÖRDERPROGRAMM SOZIALE STADT

Kahlschlag im Kiez

Die Bundesregierung will bessere Integration, zugleich streicht sie 500 Problemvierteln das Fördergeld. Sogar CSU-Bürgermeister protestieren.

VON Carsten Lißmann | 24. November 2010 - 16:37 Uhr



Spielende Kinder in Belm bei Osnabrück. Wegen des hohen Migrantenanteils wird das Viertel manchmal "Belmograd" genannt

Christian Konrad ist sauer. Der CSU-Bürgermeister von Leipheim, einer kleinen Stadt in der Nähe von Ulm, versteht seinen Parteikollegen und Verkehrsminister Peter Ramsauer in Berlin nicht: "Ich glaube nicht mehr an die Ernsthaftigkeit der Integrationsdebatte", sagt Konrad. Dann erzählt er von der Hermann-Köhl-Straße, in die zu Beginn der neunziger Jahre "viele Aussiedler und Asylanten" zogen. Die meisten von ihnen ohne Arbeit und Perspektive. "Es kam zu erheblichen Ausschreitungen, Diebstählen, Körperverletzung, bis hin zu einem Todesfall."

Quartiersmanagement in der Hermann-Köhl-Straße in Leipheim

Das Gebiet wurde daraufhin 2002 in das Förderprogramm

SOZIALE STADT

Mit vollem Namen heißt das Projekt: *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt*. Es wurde 1999 im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) gestartet. Ziel war es, benachteiligte Kieze gezielt zu fördern.

FINANZIERUNG

Das Programm wird von Bund und Ländern gemeinsam getragen, nach einem regional unterschiedlichen Schlüssel teilen sie sich die Kosten. In Berlin zum Beispiel ist die Kofinanzierung so geregelt: Der Bund trägt ein Sechstel, das Land zwei Sechstel und die EU über den Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) drei Sechstel der Kosten.

Es wird unterschieden zwischen investiven und nicht investiven Mitteln. Erstere umfassen bauliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Spielplätze oder die Renovierung von Schulgebäuden, aber auch die Neugestaltung von Straßen. Neben diesen Sachleistungen wurde im Programm bewusst begleitende Sozialarbeit vorgesehen, etwa für Betreuer im neu gebauten Jugendzentrum.

QUARTIERSMANAGEMENT

Die Arbeit eines Quartiersmanagement-Büros lässt sich exemplarisch am Beispiel des Projekts Körnerpark in Berlin-Neukölln beschreiben. Die Mitarbeiter dort teilen sich zweieinhalb Stellen, sie koordinieren die Initiativen und Projektträger, die im Viertel aktiv sind.

Zum Beispiel eine Bildungskonferenz im vorigen Jahr, auf der Kita-Erzieher und künftige Lehrer versuchen sollten, den Übergang der Kinder zur Grundschule besser zu organisieren.

Eine Vorgabe des Programms *Soziale Stadt* ist, dass Projekte nur unter direkter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner durchgeführt werden dürfen. Im Kiez passiert darum nichts ohne die Zustimmung des Quartiersrates, in dem Vertreter von Schulen, sozialen Einrichtungen, Hauseigentümern und Gewerbetreibenden sitzen – die Bewohner haben mit 10 Sitzen aber eine Mehrheit.

ZIELE

Der Erfolg von Quartiersmanagement-Projekten lässt sich nur bedingt in Kennzahlen ausdrücken. Anhaltspunkte könnten die Kriminalitätsrate oder auch die Schulabbrecherquote sein.

Swen Schulz von der SPD in Berlin-Spandau sagt, das Ziel sei vor allem, dass die Quartiere sich irgendwann von selbst tragen und nicht mehr auf Transferleistungen angewiesen seien.

Alle Experten sind sich einig, dass es dauert, bis erste Erfolge sichtbar werden. "Es braucht immer mindestens eine Generation von Schulkindern", sagt Ulli Lautenschläger vom Berliner Quartiersmanagement Körnerpark. Das schätzt auch sein Würzburger Kollege Scheidereiter: "In acht bis zehn Jahren kann man eine Menge erreichen."

KÜRZUNGEN

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Kürzung der Bundesmittel für Soziale Stadt von 107 Millionen auf 28 Millionen Euro im kommenden Jahr beschlossen. Diese sollen außerdem nur noch für investive Zwecke ausgegeben werden.

Da der Bund stets nur für einen Teil der Kosten aufkommt, ist damit nicht automatisch das Aus für alle Projekte verbunden. Allerdings müssen die Kommunen nun alternative Finanzierungsmöglichkeiten finden. Wenn diese nicht den bisherigen Anteil des Bundes aufwiegen, werden einige Projekte auch eingestellt werden müssen.

PROJEKTE

Im Jahr 2009 wurden 571 Projekte in 355 Gemeinden gefördert. In der großen Mehrheit waren das Quartiersmanagement-Projekte, also Teams von Sozialarbeitern und Stadtplanern, die sich um ein fest definiertes Stadtviertel kümmern.

Darunter sind bekannte Problemkieze, wie die Rollbergsiedlung in Berlin-Neukölln, aber auch relativ intakte Innenstadtbereiche wie in Schwabach.

Eine Liste und die ausführliche Dokumentation aller beteiligten Projekte finden Sie unter www.sozialestadt.de.

Geschichten wie jene aus Leipheim gibt es viele im Süden der Republik, wo mittelgroße Industriestädte mit ihren Werkhallen große Zahlen ungelerner Migrantinnen und

Spätaussiedler anzogen. Mancherorts haben mehr als 20 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund.

In das Würzburger Neubaugebiet Heuchelhof kamen nach der Wende Spätaussiedler, sie stellen heute fast die Hälfte der über 9000 Bewohner. Der Volksmund nennt das Gebiet H1 um den Straßburger Ring deshalb "Klein Moskau". Siegfried Scheidereiter vom Sozialreferat der Stadt Würzburg sagt: "Die Kommune hatte im Heuchelhof eine riesige Aufgabe zu meistern: Arbeitslosigkeit, Sprach- und Schulprobleme. Die drohenden sozialen Spannungen konnten wir in Würzburg abwenden."

Einen wesentlichen Anteil daran habe auch in Würzburg das Programm *Soziale Stadt* gehabt, sagt Scheidereiter. Mit den Fördermitteln seien zwei Treffpunkte für die Bürger im Quartier geschaffen worden, der zentrale Platz wurde umgestaltet. Parallel zu den baulichen Maßnahmen wurde ein Quartiersbeirat gegründet, Tanz-, Mal- und Sprachkurse eingerichtet, Ferienangebote im Stadtteil entwickelt.

Das habe funktioniert, weil das Programm von Anfang darauf ausgerichtet gewesen sei, die Betroffenen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, sagt Scheidereiter: "Sie sollen und müssen mitreden."

Das Gebiet H1 im Würzburger Neubaugebiet Heuchelhof

Auf dem Heuchelhof lief das so ab: "In einer Auftaktveranstaltung haben sich alle getroffen. Der Bürgermeister, das Bauamt, die einzelnen Referate der Stadtverwaltung, die Vereine, die Gewerbetreibenden, Vertreter von Migrantenvverbänden und die Bewohner. Dann gründeten sich Arbeitsgruppen – die Gruppe Place de Caen, eine für die Spielplätze und eine mit dem Schwerpunkt Wohnraum."

In neun Jahren kostete das gesamte Programm 4,4 Millionen Euro – mehrere Grünflächen, den Umbau des alten Schwimmbads zum Stadtteilzentrum, einen Holzspielplatz und die Personalkosten des Quartiersmanagements inklusive. Etwas mehr als die Hälfte des Geldes kam vom Bund und dem Land Bayern, die Stadt Würzburg steuerte 1,5 Millionen Euro bei.

Deutschlandweit gab der Bund jährlich etwa 107 Millionen Euro für das Programm *Soziale Stadt* aus. Das ist nicht viel angesichts der 570 Problemviertel, die im gesamten Bundesgebiet gefördert werden. Experten sind sich einig, dass mit kaum einem anderen Förderprogramm so viel mit so wenig Geld erreicht wurde.

Dennoch hat die schwarz-gelbe Koalition die Mittel im neuen Sparhaushalt um fast drei Viertel eingedampft. Der Rumpfbetrag von etwa 28 Millionen Euro soll nach dem Willen der Koalition nicht mehr für Personal oder Stadtteilstellen ausgegeben werden, sondern für investive Maßnahmen, wie es im Behördendeutsch heißt. Bleibende Werte also, Baumaßnahmen wie Straßen, Gebäude und Spielplätze.

Wer auf der Suche nach den Gründen für die Streichpolitik herumtelefoniert, bekommt von Sozialarbeitern und Oppositionspolitikern hinter vorgehaltener Hand immer wieder eines zu hören: Dass die FDP treibende Kraft hinter der Kürzung sei, aus ideologischen Gründen. Zum einen, weil das Programm *Soziale Stadt* 1999 von der rot-grünen Bundesregierung ins Leben gerufen worden sei. Zum anderen, weil die FDP nicht wolle, dass Bauprojekte gemeinsam mit sozialen Maßnahmen aus einem Topf bezahlt werden. Und Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) teile diese Ansicht leider.

Tatsächlich haben Union und FDP sich anfangs nicht viel Mühe gegeben, ihre Sparpläne sachlich zu verteidigen. Patrick Döring, verkehrspolitischer Sprecher der FDP, entrutschte im Frühjahr während einer Bundestagsdebatte der Satz: "Die Zeit der nicht investiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei!" Das habe es zu Zeiten einer anderen Koalition gegeben. Nachdem das ARD-Magazin *Monitor* die Passage aufgegriffen hatte, ruderte Döring auf der Politikplattform *abgeordnetenwatch.de* zurück.

Döring schrieb: "Wir halten den Investitionshaushalt (...) nicht für den richtigen Ort, um dauerhaft soziale Programme, die Öffentlichkeitsarbeit von Quartiersmanagern oder Töpfer- und Schwimmkurse zu finanzieren, wie es bisher passiert."

Gegenüber ZEIT ONLINE sagt Döring außerdem: "Die Maßnahmen von *Soziale Stadt* sind sinnvoll, aber sie müssen nicht aus dem Etat des Verkehrsministeriums finanziert werden. Dafür gibt es Mittel in anderen Ressorts." Als ein Beispiel unter vielen nennt er das Programm *Lokales Kapital für soziale Zwecke* des Familienministeriums.

Auch Dörings Fraktionskollege Peter Götz (CDU) will die Kommunen stärker in die Verantwortung nehmen. Er sagte ZEIT ONLINE: "Die Städte und Gemeinden können ihre städtebaulichen Problemquartiere besser bewerten, als wir das zentral von Berlin aus können." Zwischen den Zeilen lässt Götz durchblicken, dass einige in der Koalition Optimierungspotenzial in der Förderpolitik des Bundes sehen: "Wir wollen gemeinsam mit Kommunen und Ländern alle bestehenden Programme auf den Prüfstand stellen und sie schlagkräftiger und effizienter machen."

Unter der Maßgabe, dass sie nicht zitiert werden, werden Koalitionsvertreter noch deutlicher. "Die Kommunen machen es sich ein bisschen einfach und nehmen das Geld, das der Bund durchreicht, natürlich gern", sagt einer. Dabei verwahrten sich die Länder sonst gegen jede Einmischung aus Berlin. Und weiter: "Einem rührigen Quartiersmanager ist es durchaus zuzutrauen, sich um die Finanzierung seiner Projekte zu kümmern."

Einen solchen "rührigen Quartiersmanager" kann man in Berlin-Neukölln treffen. Ulli Lautenschläger ist für den Körnerkiez verantwortlich. Zehn mal zehn Blöcke zwischen Karl Marx- und Hermannstraße, die zu den sogenannten Problemvierteln der Stadt gehören. Sechzig Prozent der Menschen sind Migranten erster oder zweiter Generation, zwei Drittel

der Kinder leben von Hartz IV. In der Konrad Agahd-Grundschule haben 95 Prozent der Schüler einen Migrationshintergrund.

Erkunden Sie den Körnerkiez in Berlin-Neukölln mit Google Street View

Lautenschläger verdient seinen Lebensunterhalt mit sozialen Projekten hier im Kiez, er arbeitet für eine privatwirtschaftlich organisierte GmbH, die der Stadt ihre Dienstleistungen verkauft. Die Liste der sozialen Projekte, die Lautenschläger allein für die wenigen Straßen hier aufzählt, ist schwindelerregend lang.

Spricht man Lautenschläger auf die Kürzungspläne des Ministeriums an, lächelt er. Und holt dann aus: "Ramsauer ist nicht nur Verkehrsminister, sondern auch verantwortlich für Stadtentwicklung. So steht das im Titel seines Ministeriums ." Müssten die Gelder für das Quartiersmanagement aus verschiedenen Ressorts zusammengesammelt werden, hätte man viele Programme hier nicht durchführen können. Der Vorteil von *Soziale Stadt* sei eben, dass es für die Projektträger eine zentrale Ansprechstelle beim Senat gäbe, für jedes Stadtviertel haben die Bezirksämter einen alleinverantwortlichen Koordinator abgestellt.

"Unser Verdacht ist, dass das Programm *Soziale Stadt* komplett abgeschossen werden soll", sagt Lautenschläger. "Erst stark kürzen und es irgendwann ganz sein lassen." Zumindest in Berlin scheint diese Befürchtung fürs erste abgewendet. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat angekündigt, dass das Land für die fehlenden Bundesmittel einspringen wolle: "Das wird aber nicht zu 100 Prozent gelingen", sagte Wowereit während einer Vorwahlkampf-Tour in Neukölln. Noch nicht gesagt hat er, an welcher anderen Stelle die notorisch klamme Hauptstadt dann sparen muss.

Im Süden der Republik ist die Situation noch angespannter. Würzburg hat, wie viele Kommunen, schwierige Zeiten hinter sich. Dass die Stadt für ein ähnliches Projekt wie den Heuchelhof mehr eigenes Geld aufbringen wird, glaubt Siegfried Scheidereiter nicht: "Das können wir niemals." Leipheims Bürgermeister Christian Konrad sagt es noch knapper: "Kommt die Kürzung, sind wir draußen."

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/gesellschaft/2010-11/soziale-stadt-kuerzung>